

Schwerpunkt Neujahrsinterview mit Erbprinz Alois

«Das Jubiläum wurde gut genutzt, um sich über die Gestaltung der Zukunft Gedanken zu machen»

Interview Nach dem gelungenen Jubiläumsjahr blickt Erbprinz Alois grundsätzlich positiv ins kommende Jahr. Er hofft neben verstärkter Reformfreudigkeit auf eine sorgsame Haushaltspolitik einerseits und die Sicherstellung von attraktiven Rahmenbedingungen andererseits - sodass Liechtenstein auch auf eine schwierigere Zukunft vorbereitet ist.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchlaucht, das Jubiläumsjahr ist nun bald um. Welche Eindrücke sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Erbprinz Alois: Es gab eine Vielzahl von Anlässen. Aus internationaler Perspektive war die Feier im Januar sehr bedeutend, an der auch die Bundespräsidenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz teilgenommen haben. Die Eröffnung des Liechtenstein-Weges war sehr gelungen. Zudem gab es schöne Ausstellungen im Landes- und Kunstmuseum. Ich bin auch sehr neugierig, welche Initiativen aus den verschiedenen Ideen aus dem Projekt «Mein Liechtenstein 2039» hervorgehen.

Bei diesem Jubiläumsgrossprojekt haben rund 200 Leute mitgewirkt, es sind unzählige Ideen eingegangen. Welche haben Ihnen besonders gefallen, welche weniger?

Am besten haben mir einige sehr konkrete Ideen gefallen. Beispielsweise ein Vorschlag zum generationenübergreifenden Lernen oder die Idee, in möglichst vielen Bereichen unserer Gemeinden Grünzonen zu schaffen. Das wäre attraktiv und auch aus klimatischen Gründen eine gute Sache. Im Bereich der Mobilität gefiel mir die Idee einer App, um Mitfahrgelegenheiten in Echtzeit zu koordinieren. Einige Ideen waren eher allgemeine politische Forderungen, die auf ähnliche Weise bereits mehrfach geäußert wurden. Bei anderen Ideen hatte ich wiederum den Eindruck, dass es sich hierbei um gar keine neuen Ideen handelt, sondern hier noch besser über bereits schon bestehende Angebote im Land informiert werden müsste. Aber auch um solche Erkenntnisse zu gewinnen, könnte dieses Projekt wertvoll gewesen sein.

War es eine gute Idee, die ganze Bevölkerung zum Projekt einzuladen?

Ja. Ein solches Jubiläumsjahr sollte man nutzen, dass möglichst viele zurückschauen, um aus der Vergangenheit zu lernen, was die Erfolgsfaktoren waren, und gleichzeitig nach vorne schauen, wo die Herausforderungen liegen und wie wir diesen am besten begegnen. «Mein Liechtenstein 2039» legte auch Wert darauf, dass die Teilnehmer sich überlegen, was jeder in seinem Umfeld konkret zu einer besseren Zukunft beitragen kann. Das passt zu unserem Staatsverständnis, welches sehr stark auf Eigeninitiative und Freiwilligenarbeit beruht.

Ihr Wunsch war, dass das 300-Jahr-Jubiläum eine gute Grundlage für eine glückliche Zukunft schafft. Kann man schon sagen, welchen Beitrag das Jahr zur erfolgreichen Zukunftsgestaltung Liechtensteins geleistet hat?

Aus meiner Sicht wurde das Jubiläum gut genutzt, um sich über die Zukunftsgestaltung Gedanken zu machen. Inwieweit dann auch die richtigen Schritte und Massnahmen gesetzt werden, lässt sich aber noch nicht sagen.

Für welche Zukunft des Landes Liechtensteins möchten Sie als geschäftsführendes Staatsoberhaupt eintreten?

Ich versuche, mich für eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Wohlstand einzusetzen. Wenn wir uns auch künftig ein ähnlich attraktives Umfeld bewahren wollen, müssen wir ständig daran arbeiten.

Laut einer Umfrage haben fast 90 Prozent «sehr viel» oder «ziemlich viel» Vertrauen in die Person Erbprinz Alois. Wie können Sie sich diesen tollen Wert erklären - was ist Ihr Erfolgsgeheimnis für das hohe Vertrauen?

Ich versuche, mich nach bestem Wissen und Gewissen für eine solche Zukunft des Landes einzusetzen. Um hinsichtlich der Herausforderungen der Zukunft die richtigen Massnahmen zu identifizieren, führe ich viele Gespräche mit der Bevölkerung allgemein sowie Politikern und Experten aus dem In- und Ausland. Wenn ich Massnahmen identifiziert habe, verfolge ich diese über lange Zeit beharrlich und versuche, sie der Bevölkerung auf verschiedene Weise näherzubringen. Da ich dies bereits schon seit 15 Jahren konsequent mache, konnte ich vermutlich Vertrauen aufbauen.

Ein weiterer Erfolg für das Fürstenhaus: Rund 80 Prozent der Befragten stellen die Monarchie nicht infrage. Die Gegner werfen dem Fürstenhaus vor, dass es Narrativen, wie etwa «ohne Fürst sind wir nichts», fördern würde. Sehen Sie das auch so oder sprechen andere Gründe für die hohe Zustimmung?

Die hohe Zustimmung hat aus meiner Sicht andere Gründe. Diese Narrative stammen auch nicht vom Fürstenhaus. Ich glaube, dass einfach ein sehr grosser Teil der liechtensteinischen Bevölkerung die beträchtlichen Vorteile des starken monarchischen Elementes in unserem gut ausbalancierten Staatssystem sieht und deswegen auch die Monarchie schätzt.

In derselben Umfrage gaben knapp die Hälfte der Liechtensteiner an,

«sehr stolz» auf ihr Land zu sein. Macht Sie dies im Namen des Fürstenhauses auch ein wenig stolz?

Da das Fürstenhaus seit Jahrhunderten Verantwortung für das Land übernimmt, freut es mich natürlich, wenn eine so grosse Anzahl an Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner sehr stolz auf ihr Land ist.

Hätte man Sie zu Ihrem Nationalstolz befragt: Wo würden Sie das Kreuzchen in der Umfrage setzen? Auch ich bin sehr stolz auf mein Land.

Braucht Liechtenstein diesen im Vergleich zu den Nachbarländern hohen Grad an Patriotismus - gerade als Kleinstaat? Oder könnte so viel Nationalstolz gar kontraproduktiv sein?

Einen gesunden Patriotismus finde ich gerade für einen Kleinstaat sehr positiv. Da es für einen Kleinstaat nicht immer einfach ist, seinen eigenen Weg zu gehen, kann ein hoher Grad an Patriotismus helfen. Einen auf einem ideologischen Nationalismus basierenden Nationalstolz finde ich hingegen problematisch. Ich habe jedoch nicht den Eindruck, dass das in Liechtenstein der Fall ist.

In Europa sind grüne Parteien auf dem Vormarsch: Ist das für Sie ein Grund zur Freude oder zur Besorgnis?

Ich halte es grundsätzlich für positiv, wenn die europäische Bevölkerung einen grösseren Wert auf Umweltthemen legt. Ich bin aber nicht so sicher, ob die besten Antworten darauf immer bei den grünen Parteien zu finden sind. Wenn dieser Vormarsch jedoch einen fruchtbaren Wettbewerb um die besten Antworten bei möglichst vielen Parteien auslöst, dann begrüsse ich das.

Zum Ende des Jahres sind die weltweiten Klimademonstrationen «Fridays for Future» auch in Liechtenstein angelangt. Was würden Sie den jungen Demonstranten aus Liechtenstein mit auf den Weg geben? Ich begrüsse es auch, wenn sich unsere Jugend für das Klima einsetzt. Ich würde empfehlen, dies so handzuhaben, dass ihre Bildung nicht darunter leidet, weil diese ganz wichtig sein wird, um die besten Lösun-

gen für diese Herausforderung zu finden. Ausserdem würde ich unserer Jugend empfehlen, sich mit weiteren Zukunftsthemen zu befassen, insbesondere einer nachhaltigen Finanzierung unserer Sozialversicherungen. Auch hier wird unsere Jugend einmal mit erheblichen Problemen kämpfen müssen, wenn wir nicht rechtzeitig die nötigen Reformen umsetzen.

Bei diesen Themen fehlt vielleicht noch die Leitfigur einer Greta Thunberg, die beim Klimawandel den Takt angibt. Thunberg wurde erst kürzlich vom «Time»-Magazine zur Person des Jahres gewählt. Was halten Sie von der jungen Schwedin? Ihr ist eine ausserordentlich breite Mobilisierung für den Klimaschutz gelungen. Wirkliche Lösungen hat sie jedoch keine vorgebracht, was aufgrund ihres jugendlichen Alters allerdings auch nicht von ihr zu erwarten war.

Waren Sie in jungen Jahren auch einmal an einer Demonstration? In der Unterstufe des Gymnasiums hat meine Klasse gegen die Zusammenlegung mit einer Parallelklasse demonstriert, indem sie symbolisch einen Sarg in die Schule getragen hat. Ich war einer der Sargträger.

Und in Ihren Studentenjahren? Nein. Aufgrund der überparteilichen Stellung des Fürstenhauses habe ich mich bewusst nie an politischen Demonstrationen beteiligt.

Eine andere Gruppierung namens «HalbeHalbe» fordert eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in politischen Gremien. Ein gerechtfertigtes Anliegen?

Das Anliegen ist grundsätzlich gerechtfertigt. Ich finde es aber nicht sinnvoll, dafür eine Verfassungsbestimmung vorzusehen. Die mit der Verfassungsinitiative verbundenen Kosten und die politische Energie könnte man im Sinne des grundsätzlichen Anliegens besser einsetzen. Wenn wir den Anteil der Frauen in politischen Gremien auf lange Frist nachhaltig erhöhen wollen, müssen wir einerseits sensibilisieren und andererseits eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Denn letztlich werden auch bei den Männern vor allem diejenigen gewählt, die dafür bekannt sind, dass sie in der Privatwirtschaft oder Zivilgesellschaft bereits erfolgreich Führungspositionen wahrgenommen haben.

In der zweiten Jahreshälfte machte vor allem die Volksabstimmung über den Spitalneubau von sich reden. Mit welchen Gefühlen haben Sie das doch überraschend hohe «Ja» aufgenommen?

Auch ich war vom deutlichen Ergebnis überrascht. Es ist der Regierung und den Grossparteien gelungen, das Thema auf die Frage einzugrenzen, ob viel Geld in einen ungeeigneten Altbau gesteckt werden soll oder



Erbprinz Alois findet, dass die vom Land getätigten

in einen Neubau, der qualitativ bessere Leistungen erlaubt. Wahrscheinlich hat auch eine Rolle gespielt, dass ein Grossteil der Bevölkerung ein eigenes Spital möchte und viele die Zukunft eines eigenen Spitals gefährdet sahen, falls schon wieder eine Ablehnung erfolgt.

Dass sich Ihr Vater während des Abstimmungskampfes negativ über den Neubau geäußert hat, ist bei Befürwortern nicht gut angekommen. Können Sie den Ärger nachvollziehen?

Nein. Mein Vater hatte nicht beabsichtigt, in den Abstimmungskampf einzugreifen, sondern nur spontan auf eine Frage zu einem ursprünglich nicht für das Interview vorgesehenen Thema geantwortet. Ausserdem erfolgte das Interview zu einem Zeitpunkt, zu dem wohl schon die meisten Stimmbürger ihren Stimmzettel ausgefüllt und abgeschickt hatten.

Soll sich das Fürstenhaus Ihrer Meinung nach bei Volksabstimmungen einbringen - sprich sich im Abstimmungskampf für eine Seite entscheiden und diese auch kommunizieren? Wenn das Fürstenhaus die Kommunikation seiner Meinung für die Zukunft des Landes für wichtig erachtet, sollte es sich bei Volksabstimmungen einbringen. Aus meiner Sicht sollte sich das Fürstenhaus aber nicht automatisch zu jeder Abstimmung oder zu jedem Thema äussern.

Haben Sie sich schon einmal zu einer Abstimmung geäußert? Das letzte Mal habe ich mich vor der Volksabstimmung zur Reform des Krankenversicherungsgesetzes geäußert, weil ich diese für ein wichtiges Reformprojekt hielt. Ich äussere mich zu verschiedenen Themen, so auch in diesem Interview, aber bewusst nicht zu allen.

Ein Streitthema ist der Ausbau des Mobilfunkstandards 5G. Um bei der Digitalisierung nicht abgehängt zu werden, kann sich Liechtenstein einem Ausbau nicht verschliessen: Sehen Sie das auch so?



«Grün» auf dem Vormarsch: Erbprinz Alois hält es grundsätzlich für positiv, wenn die europäische Bevölkerung einen grösseren Wert auf Umweltthemen legt.



Hannes Matt von der «Volksblatt»-Chefredaktion im Gespräch mit Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz.



gen Ausgaben noch etwas zukunftsorientierter hätten ausfallen können. (Fotos: Michael Zanghellini)

2019 wird wirtschaftlich schwierig zu übertreffen sein: Trotzdem blickt Erbprinz Alois positiv nach vorn.

Wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts bewahren wollen, werden wir auf eine gute digitale Infrastruktur achten müssen. Wie weit dazu heute 5G-Standards notwendig sind, kann ich nicht beurteilen. Ich habe mich mit diesem Thema zu wenig befasst.

Ein Kritikpunkt der Gegnerschaft: Die Mobilfunkstrahlung könnte gesundheitsschädlich sein. Was geht vor: Gesundheit oder technologischer Fortschritt?

Die Gesundheitsschädlichkeit der Mobilfunkstrahlung ist kein neues Thema, sondern es begleitet uns schon seit etlichen Jahren. Meines Wissens ist die Empfindlichkeit der Menschen auf Mobilfunkstrahlung sehr unterschiedlich und auch nur einer von vielen verschiedenen Faktoren der gesundheitlichen Beeinträchtigung durch die Mobilfunktechnologie. Dies macht es auch so schwierig zu beurteilen, wie sehr die Gesundheit durch Handymasten belastet ist und wie sehr durch das selbstverschuldete Telefonieren mit dem Handy, durch das Handy im Hosensack oder durch das Handy verursachten Stress am Arbeitsplatz und in der Freizeit.

Sie haben einen interessanten Punkt angesprochen. Wird sich der Stress durch die Digitalisierung in Zukunft noch verstärken?

Es besteht sicher eine gewisse Gefahr. In der Menschheitsgeschichte mussten wir immer wieder lernen, mit neuen Technologien vernünftig umzugehen. So waren die Leute auch schon bei der Einführung des Kabeltelefons gestresst, da man damit plötzlich rund um die Uhr erreichbar war. Wie auch beim Handy galt es, entsprechende Verhaltensweisen zu entwickeln. Ein anderes Beispiel: Mit dem Aufkommen des Automobils war die Politik gefordert, mit zunehmender Nutzung Verkehrsregeln einzuführen.

Sie sagen also: Erst einführen und dann schauen wir wie weiter? Ich plädiere für ein verantwortungsvolles Einführen, um zumindest ab-

sehbare Probleme zu vermeiden. Aber man kann nicht immer alles voraussehen.

Ein anderes Sorgenkind Liechtensteins bleibt der Verkehr: Wegweisende Entscheide sind bislang ausgeblieben. Im Frühjahr möchte die Regierung ein Mobilitätskonzept vorlegen. Was darf darin keinesfalls fehlen?

Meiner Ansicht nach benötigen wir ein möglichst umfassendes, gut durchdachtes und aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept, das die verschiedenen Elemente von einer S-Bahn, über den Busverkehr und den Individualverkehr bis hin zu den Fahrradwegen einbezieht. Der öffentliche Verkehr muss bei den Anschlüssen sehr gut aufeinander abgestimmt sein, damit von diesen Möglichkeiten auch entsprechend Gebrauch gemacht werden kann. Wenn das gelingt, kann ich mir vorstellen, dass wir bei der Mobilität weiterkommen. Keinesfalls dürfen wir uns nur auf eine Einzelthematik beschränken.

Dann ist es höchste Zeit, dass etwas getan wird?

Ja. Bekanntlich braucht es im Bereich der Mobilität eine lange Zeit, bis Anpassungen umgesetzt sind. Da wir damit rechnen müssen, dass Liechtenstein und seine Arbeitsplätze weiterhin wachsen, sollten wir dieses Thema möglichst rasch lösen und nicht weiter in die Zukunft verschieben.

Weiter kritisch beäugt werden die Eröffnungen von weiteren Casinos in Liechtenstein. Sie haben sich früher ebenfalls gegen «Eingriffe danach» ausgesprochen. Dann soll man die Spielbanken nun einfach machen lassen?

Nein. Man sollte Massnahmen prüfen, wie man die Spielsucht noch besser eingrenzen kann. So ist momentan geplant, dass man künftig die Sperrlisten mit der Schweiz austauscht. Problematisch finde ich aber, wenn man jetzt grundlegende Rahmenbedingungen anpasst, ohne die mittelfristige Entwicklung

abzuwarten: Etwa die Einführung eines Moratoriums, das auch rechtlich kaum umsetzbar ist. Ebenfalls für keine gute Idee erachte ich die Zweckbindung von Geldspieleinnahmen. Im Gegenteil, wir sollten die heute noch bestehenden Zweckbindungen in anderen Bereichen abschaffen.

Ein Teil der Bevölkerung erachtet die Gelder, die aus den Casinos zum Land fließen, als «unmoralisch» oder gar «schmutzig». Finden Sie das auch?

Auch ich bin vor allem auch aus ethischen Gründen kein Freund von Casinos. Es würde aber zu weit gehen, Bürgern dieses Vergnügens verbieten zu wollen - selbst wenn sie sich dabei selbst schädigen können. So erlauben wir beispielsweise den Tabakkonsum und der Staat profitiert von den Einnahmen der Tabaksteuer, obwohl beim Tabakkonsum nicht der Einzelne sich nicht nur selbst schädigt, sondern wegen des Passivrauchens vielfach auch andere. Begleitmassnahmen halte ich jedoch für unerlässlich - das gilt für alle Suchtmittel -, um die Bevölkerung so gut als möglich vor Schäden zu schützen.

Die Einnahmen aus den Casinos sind für die Staatskasse auf jeden Fall ein schöner «Zustupf». Rund 28 Millionen sollen es im 2019 sein. Jeder Finanzminister freut sich über zusätzliche Einnahmen. Wichtig ist, dass man sie dann auch vernünftig ausgibt.

Zuletzt hat sich der Landtag ja sehr ausgabefreudig gezeigt. Finden Sie, dass das Parlament im vergangenen Jahr vernünftig gehaushaltet hat?

Sagen wir es so: Die getätigten Ausgaben hätten noch etwas zukunftsorientierter ausfallen können. Grössere Sorgen mache ich mir aber, dass hohe Staatseinnahmen in diesem Jahr zu unverantwortlichen Wahlgeschenken im kommenden Jahr führen könnten. Deshalb halte es für ganz wichtig, dass sich der Landtag sehr gut überlegt, wo man in Zukunft die Ausgaben erhöhen will. Ich plädiere, Mehrausgaben primär dort vorzunehmen, wo diese wie Zukunftsinvestitionen wirken und für die Bevölkerung langfristig Mehrwert bringen.

An welche Bereiche denken Sie hierbei besonders?

Ich denke besonders an eine nachhaltige Pflegefinanzierung und an ein Betreuungsgeld für jene Eltern, die ihr Kind in den ersten Monaten selbst betreuen können. Letzteres wäre sowohl für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch gemäss wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Entwicklung unserer Kinder wichtig. Wenn wir in den nächsten Jahren im Mobilitätsbereich Zukunftsinvestitionen tätigen wollen, sollten wir ausserdem für daraus folgende jährliche Zusatzausgaben noch genügend Spielraum bei den Staatsausgaben vorsehen.

War 2019 politisch ein gutes Jahr?

Nur zum Teil. Positiv war, dass sich die Koalitionspartner im ersten Quartal auf ein Investitionspaket einigen konnten, das mittlerweile auch vom Landtag bzw. dem Volk die nötige Zustimmung erhalten hat. Dadurch ist es mit einiger Verspätung gelungen, vom Sparmodus in den Gestaltungsmodus zu finden. Leider wurde dieses positive Momentum dann durch das Misstrauensvotum gestört, sodass wir hinsichtlich der nötigen Reformen noch nicht so weit sind, wie ich mir das wünschen würde. Hoffentlich gelingt es den Koalitionspartnern, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres wieder ein positives Momentum zu finden und sich ebenso erfolgreich auch noch auf ein Reformpaket zu einigen.

Noch ein rascher Blick ins Ausland: Welche internationalen Entwicklungen bereiten Ihnen mit Blick auf Liechtenstein die grössten Sorgen?

Am meisten sorgt mich die Zunahme an Handelsstreitigkeiten und Protektionismus. Als Exportland sind wir davon besonders stark betroffen.

Und wie kann Liechtenstein darauf reagieren?

Auf internationaler Ebene können wir nur sehr wenig tun, ausser immer wieder auf die Gefahren des Protektionismus hinzuweisen. National sollten wir uns durch eine sorgsame Haushaltspolitik einerseits und die Sicherstellung von attraktiven Rahmenbedingungen andererseits möglichst gut auf ein schwierigeres Umfeld vorbereiten.

Schaudert es Ihnen vor einer Rezession, die früher oder später sicherlich kommen wird?

Hoffentlich werden wir keine Rezession von so grossem Ausmass haben, dass wir nochmals so umfangreiche Sparpakete wie vor zehn Jahren schnüren müssen. Ausgeschlossen ist dies jedoch nicht und einige Experten warnen sogar vor noch grösseren Rezessionen.

Sie haben es gesagt: Wahlgeschenke mit der Giesskanne wollen Sie keine.

Haben Sie weitere Wünsche an die Politik? Ich wünsche mir einen fairen Wahlkampf.

Mit welchen Gefühlen blicken Sie allgemein auf das kommende Jahr?

Als Optimist blicke ich grundsätzlich positiv ins 2020. Wie schon gesagt, sollten wir das letzte Jahr der Legislaturperiode noch für Reformen nutzen. Neben den aufgrund des versicherungstechnischen Gutachtens nötigen Massnahmen zur Finanzierung der AHV erachte ich Fortschritte bei den Themen Alterspflege, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobilität sowie Regulierung des Treuhandsektors für besonders wichtig.

Kommen wir zum Schluss und wagen noch eine Prognose: Wird es Liechtenstein im 2020 besser oder schlechter gehen?

Wirtschaftlich gesehen wird das sehr gute Jahr 2019 schwierig zu übertreffen sein. Wohlergehen hängt aber nicht nur von wirtschaftlichen Faktoren alleine ab, auch wenn diese langfristig eine wichtige Voraussetzung dafür sind.



«Ich wünsche mir einen fairen Wahlkampf.»